

## Solidaritäten in der Vielfachkrise – Corona, Ukrainekrieg und Klima

Ist ein Wort in aller Munde, verliert es an Geschmack. So geht es in jüngster Zeit mit der Solidarität. In den Programmen der Parteien zur Bundestagswahl 2025 finden wir es von den Linken, »Solidarität statt Wettbewerb« (PDL 2025, 17), »internationale Solidarität« (ebd., 21), über Grüne, SPD und CDU bis zu den Liberalen, die Respekt für diejenigen fordern, »die mit ihrer Leistung Solidarität überhaupt erst möglich machen« (FDP 2025, 18). Die AfD hatte 2021 noch plakatiert »Solidarität braucht Grenzen«, im aktuellen Wahlprogramm findet sich das Wort nicht mehr.

So sehr also in fast allen politischen Spektren von Solidarität die Rede ist, so zeigt sich auch, dass darunter jeweils unterschiedliche Verhaltensweisen verstanden werden. Es bedarf daher genauer Bestimmungen, die den ethischen Wert von Solidarität mit Bezug auf unsere

Zeit aufklären helfen. Dies soll im Folgenden anhand von drei Krisenphänomenen geschehen, der Coronakrise, der Ukraine Krise und der Klimakrise, die jeweils unterschiedliche Solidaritäten hervorgerufen haben.

Grundlegend für diese Unternehmung sind zwei Unterscheidungen. Erstens: Wem gilt die jeweils gemeinte Solidarität? Im obigen Beispiel finden wir schon die ‚internationale Solidarität‘, als eine Ausweitung des Solidaritätsanspruchs von links, und die ‚begrenzte Solidarität‘, als eine Einschränkung von rechts. In der Forschung zum Rechtspopulismus wird letztere auch als ‚exkludierende Solidarität‘ begriffen. »Die Lesart exkludierender Solidarität folgt einem Verständnis,

---

**Alexander Neupert-Doppler**, Dr., \*1981 ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Projekt ›Dialektik der Pandemie – Vom Autoritarismus zur Utopie?‹ an der Karlsruhochschule in Karlsruhe ([www.krisendialektik.de](http://www.krisendialektik.de)). Er war zuvor Vertretungs-Professor für Philosophie an der Hochschule Düsseldorf und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung in Potsdam. Aktuellste Publikationen: 2024: From neoliberalism to authoritarianism in the perspective of socio-psychological characterology, in: Urban Eidos (3/24) The neoliberal agenda, online: [Urban-Eidos-2024-Issue-3.pdf](http://Urban-Eidos-2024-Issue-3.pdf); Decolonize utopia! Eine Vermittlung des Utopiebegriffs über Raum und Zeit, in: iz3w 404 ›Was wäre wenn? Utopie & Praxis‹, Freiburg, online: [Decolonize Utopia! – informationszentrum 3. welt \(iz3w.org\)](http://Decolonize Utopia! – informationszentrum 3. welt (iz3w.org)). 2023: Soziale Arbeit als katalytische Praxis – Impulse von Herbert Marcuse bei Frank & Timme; Ökosozialismen und Organisationsfrage, in Emanzipation 7.2, online: <https://emanzipation.org/2023/10/oekosozialismen-und-organisationsfrage>; Politische Bildung und Utopiefähigkeit, in: Marc Partetzke et. al. (Hg.): Schnittpunkt Politische Bildung, Springer VS, Wiesbaden.

---

DOI: 10.18156/eug-1-2025-art-3

das Rechtspopulismus als eine re-solidarisierende Reaktion auf eine zweite oder dritte Welle neoliberaler Entsolidarisierung deutet, die im Kern exkludierend angelegt sei« (Kaphegyi et al. 2022, 3). Die Unterscheidung zwischen exkludierender und inkludierender Solidarität ist auch ethisch relevant. Gehört zum ethischen Projekt ein universaler Anspruch, der sich nicht auf gruppenspezifische Moralen beschränkt – Herren- und Sklavenmoral, nationale Moralen – so ergäbe sich ein ethischer Vorzug für die inkludierende Solidarität.

Zugleich geht es der praktischen Philosophie aber auch um Praktiken, was zu einer zweiten Befragung der Solidaritäten führt: Wie wird die jeweilige Solidarität praktisch gelebt? Beim Soziologen Émile Durkheim (1858-1917) war Solidarität eine Sache von Gruppen, die füreinander eintreten und sich gegenseitige Hilfe leisten (Brunkhorst 1997, 8). In die Frage nach den Praxen der Solidarität ist damit auch die nach den solidarischen Akteuren aufgenommen. Was unterscheidet Solidaritäten in der Hinsicht, ob jeweils Individuen, Gruppen, Staaten oder die ganze Menschheit zu solidarischem Verhalten aufgerufen werden?

Die bereits angedeutete Vielfalt dessen, wofür das Wort Solidarität heute verwendet wird, könnte den Begriff selbst fragwürdig machen.

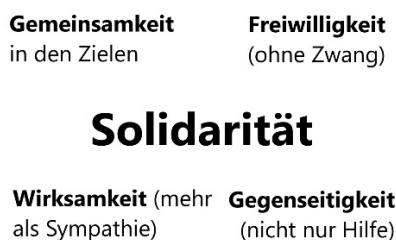
Demgegenüber ist daran zu erinnern, dass Solidarität in seiner modernen Verwendungsweise durchaus spezifische Konnotationen hat. Populär wurde Solidarität im 19. Jahrhundert durch die Arbeiter\*innenbewegung. Karl Marx schrieb, als Sekretär der ersten Internationale, also sowohl als Philosoph wie als Politiker:

»Denken wir an jenes Grundprinzip der Internationale: die Solidarität. Nur wenn wir dieses lebenspendende Prinzip unter sämtlichen Arbeitern aller Länder auf sichere Grundlagen stellen, werden wir das große Endziel erreichen, das wir uns gesteckt haben. Die Umwälzung muß solidarisch sein, das lehrt uns das große Beispiel der Pariser Kommune, die deswegen gefallen ist, weil es in allen Zentren, in Berlin, in Madrid etc. zu keinerlei großen revolutionären Bewegungen gekommen war« (MEW 18, 161).

Marx benennt hier explizit und implizit vier Punkte, die für Solidarität maßgeblich sind. Erstens besteht die Gemeinsamkeit derjenigen, die miteinander solidarisch sind, in einem oder mehreren spezifischen Zielen, was zur Konstitution einer Gruppe von Solidarischen beiträgt. Zweitens geht es nicht um Hilfe für Schwächere, sondern um eine Gegenseitigkeit, die den Arbeitern aller Länder zugerechnet wird. Drittens steht Solidarität unter dem Vorbehalt der Freiwilligkeit, sie kann eben auch, wie in Madrid und Berlin gegenüber Paris, ausbleiben. Viertens

wird Solidarität nicht nur mit Symbolik verbunden, sondern es wird eine große Wirksamkeit angenommen.

Folgende Grafik illustriert diese Bestimmungen als wichtige Aspekte:



Wir werden sehen, dass die Praxen, die im Folgenden als Solidaritäten im Plural besprochen werden, nicht nur bezüglich der Akteure und Ziele von der sozial(istisch)en Solidarität abweichen, sondern jeweils auch mehrere dieser Kriterien nicht erfüllen. Dabei geht es nicht darum, ob die Marxschen Inhalte geteilt werden, also Solidarität als wirksames Mittel mit dem leidende Arbeiter\*innen durch gegenseitige Hilfe freiwillig dazu beitragen, das Ziel einer besseren Gesellschaft zu verwirklichen, sondern inwiefern auch andere Solidaritäten auf gemeinsame Zielen orientieren, freiwillig ausgeübt werden, wirksam sind und auf Gegenseitigkeit beruhen. Dabei gilt es einen normativen und einen deskriptiven Begriff von Solidarität zu unterscheiden, womit es erlaubt ist, auch so genannte Solidaritäten anzuerkennen, die von diesen Kriterien abweichen.

Um genauere Unterscheidungen – sowohl zwischen inkludierenden und exkludierenden Solidaritäten als auch zwischen verschiedenen Akteuren und Praktiken der Solidarität - zu plausibilisieren, bietet sich der Blick auf die Krisen unserer Zeit an. Im Hinblick auf deren Verdichtung zu einer Vielfachkrise wird gerne das Bild der apokalyptischen Reiter bemüht. Diese stehen bekanntlich für Krieg, Bürgerkrieg, Hunger und Krankheit (Volk 2020).

Mit dem Ukrainekrieg seit 2022, dem ersten Krieg auf europäischem Boden seit den Jugoslawienkriegen der 1990er, der Coronapandemie seit 2020 und den weltweit zu erwartenden Folgen der Erderhitzung, nämlich Hungersnöte als Folge von Dürren und Überschwemmungen, gewinnen diese Bilder der Bedrohung erschreckende Aktualität. Allein der Bürgerkrieg als vierte Plage, modern: Revolution, scheint nicht auf der Tagesordnung zu stehen.

Gleichwohl haben Apokalypsen wie Krisen auch eine andere Seite. Der Theologe Jürgen Manemann spricht 2020 von einer aufgeklärten

Apokalyptik, die auch das warnende und befreiende Potential mitbedenkt. Die Politologin Heidrun Kämper bestimmt entsprechend die Qualität von Krisen: »Krise bezeichnet gegenwartsbezogen den Moment eines Prozesses, an dem sich die weitere Entwicklung dieses Prozesses entscheidet und der von umfassenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen begleitet ist; in dem Vorher und Nachher sich vehement voneinander unterscheiden; in dem bisher Gültiges fragwürdig wird. Es ist der Moment des Kairós« (2012: 248).

Nicht jede Katastrophe oder Krieg oder Klimaveränderung ist Krise. Sie können zur Krise beitragen, indem sie Instabilität erzeugen. Vom bloßen Ereignis unterscheidet sich der Kairós jedoch dadurch, dass Akteure aus einer bestimmten Kräftekonstellation heraus dieses als Herausforderung annehmen, um zur Konstitution von Veränderung beizutragen (Vgl. Neupert-Doppler 2019). Vor allem im Hinblick auf die Kräftekonstellationen ist die Kopplung von Krise und Solidarität evident. Dazu schrieb der Ökonom Marcel Fratzscher in der ZEIT: »Solidarität ist mit die wichtigste Voraussetzung dafür, dass wir Krisen wie die Pandemie, den Krieg und die Inflation meistern können«.

Ob Krisenbearbeitung, wie Kämper betont, gesellschaftliche und politische Veränderungen bewirkt, hängt zentral davon ab, welche Formen von Solidarität wie praktiziert werden. Im Folgenden soll daher die neoliberale Solidarität in westlichen Gesellschaften während der Corona-Pandemie (1.) unterschieden werden von der nationalstaatlichen Solidarität im Ukraine-Krieg (2.) und der globalen Solidarität in der Klimabewegung (3.). Im Schlusskapitel wird nach Solidarität als reale Utopie (4.) gefragt, um über die Differenzierung hinaus Perspektiven aufzuzeigen. Dabei wird es auch um das Verhältnis verschiedener Solidaritäten zueinander gehen.

## ⇒ 1 Neoliberale Solidarität in der Corona-Pandemie

Am 18.3.2020 erklärte Angela Merkel in ihrer Fernsehansprache: »Seit der Deutschen Einheit, nein, seit dem Zweiten Weltkrieg gab es keine Herausforderung an unser Land mehr, bei der es so sehr auf unser gemeinsames solidarisches Handeln ankommt« (Merkel 2020). Unklar blieb hier, was unter solidarischem Handeln zu verstehen wäre. Benannt wurden gerade keine besonderen Praktiken des Ausnahmezustandes, sondern gewisse Verhaltensweisen in den Bereichen Arbeit/Produktion, Freizeit/Reproduktion und Konsumtion. Erstens dankte Merkel denjenigen, die trotz Pandemie weiterarbeiten, sowohl im Krankenhaus als auch an der Supermarktkasse. Zweitens wurden

alle Einzelnen aufgerufen Abstand zu halten, um die Ansteckungsgefahr zu verringern. Drittens bemerkte sie: »Hamstern, als werde es nie wieder etwas geben, ist sinnlos und letztlich vollkommen unsolidarisch« (ebd.).

So vernünftig diese Empfehlungen im Allgemeinen waren, so zeigt sich hier doch eine Diffusität der Solidarität. Zunächst bleibt der Bezug auf den zweiten Weltkrieg unklar: Meinte Merkel die Solidarität der Deutschen als Kriegersakteur im Krieg oder beim Wiederaufbau? Hier kann schon, unter Rückgriff auf Herbert Marcuse, eingehakt werden: »Die Solidarität an sich ist in keiner Weise ein Wert. Unter dem Naziregime gab es wirkliche Solidarität bis zum bitteren Ende. Solidarität an sich taugt nichts. Es gibt die Solidarität der Mafia, es gibt alle möglichen Solidaritäten« (Marcuse 1981, 37).

Was Marcuse hier hinterfragt, sind die Zwecke der Handelnden. Wenn diese keine ethisch zu rechtfertigenden Zwecke sind, können auch deren solidarische Praxen nicht ethisch sein.

Über den Inhalt hinaus sind auch die Formen der jeweiligen Solidaritäten einzubeziehen. Solidarität bei der Herstellung der deutschen Einheit lässt die meisten Menschen an den Solidaritätszuschlag Ost denken, den CDU, FDP und AfD übrigens 2025 abschaffen wollen. Dabei handelt es sich freilich um eine Praxis unter gesetzlichem Zwang. Ebenso gingen die Menschen auch während der Pandemie nicht freiwillig weiter zur Arbeit, sondern unter dem ökonomischen Zwang der Lohnabhängigkeit. Zwar kann solidarisches Handeln, etwa in einem Streik, auch mit Eigeninteressen verbunden sein, aber wer schlicht Steuern zahlt oder Lohnarbeit leistet, ist dadurch noch nicht solidarisch.

Was mit Merkel unter Solidarität verstanden werden kann, betrifft also vor allem die Bereiche Freizeit und Konsum: Verantwortungsvoll Abstand halten als solidarische Praxis von einzelnen Privatpersonen (später auch unter Zwang), unverantwortliche Hamsterkäufe als unsolidarische Praxis von Konsument\*innen. Auch wenn wir ein gemeinsames Ziel und freiwillige Beteiligung unterstellen, geht es um einen Aufruf an Einzelne, nicht um gegenseitige Hilfe von Gruppen.

Für Stephan Lessenich ergibt sich dieses Verständnis von Solidarität nicht einfach aus dem Wesen der Pandemie, sondern aus den Gesellschaften, auf die jene getroffen ist. Nicht nur die virologisch einläutende Zoonose ist ursächlich mit unserem Naturverhältnis verbunden, auch die politisch-gesellschaftliche Bearbeitung ergibt sich aus dem neo-liberal geprägten Verhältnis zwischen Republik und (Nicht-)Bürger\*innen, sowie dem Geschlechter- und Klassenverhältnis. Lessenich

beobachtet eine Verschiebung des Begriffs Solidarität, dieser war »(eigentlich) untrennbar mit dem historischen Kampf der Lohnabhängigen gegen ihre ökonomische Ausbeutung und soziale Beherrschung verbunden. Heute aber ist der Begriff ‚Solidarität‘ plötzlich in aller Munde« (Lessenich 2020, 181).

Historisch war der Anspruch an Solidarität durchaus spezifisch, wie oben unter Rückgriff auf Marx bereits ausgeführt wurde. Die wichtigsten Eckpunkte: Die solidarischen Praxen der Arbeiter\*innenbewegung waren bestimmt von Freiwilligkeit, Gegenseitigkeit, Wirksamkeit und Gemeinsamkeit im utopischen Ziel, eine solidarische Gesellschaft zu schaffen. Der Aufruf zur Solidarität ist dabei stets auch eine Form von Subjektivierung in Kontexten.

Lessenich geht es um den Neoliberalismus als Kontext auch der Corona-Krise: »Ich habe dieses sozialmoralische Regime, das dem ‚neoliberalen‘ Gesellschaftsprojekt ein menschliches Antlitz zu verleihen schien, vor nunmehr über einem Jahrzehnt als ‚neosozial‘ bezeichnet« (ebd., 178). Diese Begriffsbildung, verbunden mit der etwas unglücklichen Bezeichnung neosozial, geht davon aus, dass Neoliberalismus nicht nur eine Politik der Deregulierung zugunsten von Märkten meint, sondern auch von einer spezifischen sozialen Verhaltensweise geprägt ist: Eigenverantwortung.

Was zunächst als Projekt der Entsolidarisierung angelegt war, verbindet sich in Zeiten der Krise mit einer neuen Art von Solidarität, die ich lieber neoliberal als neosozial nennen möchte, um eine Verwechslung mit der Debatte um Neosozialismus (Dörre et. al. 2019) auszuschließen. In der Sache ist Lessenich allerdings zuzustimmen: »Eigenverantwortung in Sozialverantwortung: Auf einen kürzeren Nenner lässt sich wohl kaum bringen, was in der gegenwärtigen Krise [Corona] gesellschaftlich angesagt und gesellschaftspolitisch gefragt ist« (ebd., 179).

Als solidarisches Verhalten gilt nun nicht, sich mit anderen zusammenzutun, sondern sich von anderen fernzuhalten. Dies liegt freilich einerseits im Wesen der Pandemie begründet, hat aber auch mit den Erscheinungsformen neoliberaler Solidarität in unserer Gesellschaft zu tun. Dass es dabei durchaus einen Zwang zur Eigenverantwortung gibt, der dem Prinzip der Freiwilligkeit in älteren Solidaritäten widerspricht, wurde bereits erwähnt. Aber auch meine weiteren Kriterien lassen sich auf Lessenichs Analyse der Solidarität während Corona beziehen.

Gegenseitigkeit kann schon daher kein Grundwert der meisten Corona-Solidaritäten sein, weil die Betroffenheit von der Pandemie extrem unterschiedlich ist. Empirische Studien unterstreichen dies, denn »den

Zusammenhalt in der Gesellschaft nach der ersten Welle der Pandemie im Sommer 2020 [...] bewerteten Alleinerziehende [Frauen], Menschen mit Migrationshintergrund, Geringverdienende und Menschen mit einer Behinderung [...] als schlechter« (Follmer/Bertelsmannstiftung, zit. n. Mullis 2021, 41).

Zwar gab es bewundernswerte Versuche dem entgegenzuwirken, Initiativen von Freiwilligen »richteten Gabenzäune für Wohnungs- und Obdachlose ein, initiierten Spendenaktionen für ökonomisch Geschädigte und Soli-Kampagnen für Geflüchtete« (Springer 2020, 169). Ist hier die Freiwilligkeit, die dem Einhalten von Hygieneregeln fehlen kann, durchaus gegeben, so ist es doch keine Solidarität im Sinne der Gegenseitigkeit. Obdachlose, Geschädigte und Geflüchtete empfangen Gaben, Spenden und Unterstützung, von ihnen wird aber meist keine Beteiligung etwa an politischen Aktivitäten erwartet, sie werden nicht Teil einer solidarisch handelnden Gruppe. Anders war dies bei feministischen Projekten, die dazu aufriefen, dass Frauen\* untereinander noch mehr als sonst aufmerksam sein sollten für die Gefahr häuslicher Gewalt.

Lessenich stellt schließlich noch zwei weitere Beobachtungen an, die zu meinen Bestimmungen von sozialen Solidaritäten passen. Er hinterfragt die neoliberale Solidarität bezüglich ihrer Wirksamkeit. »Nichts, was nicht zu gering wäre, um noch als solidarische Praxis durchzugehen: Vom Sehen-und-gesehen-Werden abendlichen Balkonklatschens für das über Nacht zu ‚Alltagsheld\*innen‘ erklärte Dienstleistungsproletariat [...] bis hin zur Aufnahme von 47 unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus griechischen Lagern [...] (von denen [...] die meisten ohnehin einen Rechtsanspruch auf Familienzusammenführung mit bereits in Deutschland lebenden Angehörigen gehabt hätten)« (ebd., 181). Rein symbolische Anerkennung ist ebenso wenig eine Praxis der sozialen Solidarität wie Inszenierungen von Solidarität, die eigentlich nur der Vollzug geltenden Rechts sind. Ideologiekritisch ist anzunehmen, dass der gefühlte Bedarf an Solidarität in der Krise zum Spektakel gemacht wurde.

Letztlich trug die neoliberale Solidarität der Eigenverantwortlichen in der Pandemie auch dazu bei, dass Probleme ausgeblendet wurden. »Dabei vollzieht sich die Subjektivierung des Sozialen in der Corona-Krise wie im ‚neosozialen‘ Durchbruch: Vor lauter individueller Eigenverantwortung für die Reproduktion des Sozialen geraten die strukturellen Ursachen der Krise ebenso aus dem Blick wie die Vernachlässigung öffentlicher Verantwortlichkeit« (ebd., 180). Um die Gemeinsamkeit von politischen Zielen ging es dieser Solidarität nicht.



Rückblickend ergeben sich verschiedene Schwierigkeiten für das philosophische Nachdenken über Solidarität in Krisenzeiten. Einerseits haben wir eine Überdehnung des Solidaritätsbegriffs erlebt, die Alltägliche (Lohnarbeit im Gesundheitssektor) bis hin zu einem verantwortungsvollen Freizeitverhalten (Abstand halten und Beifall klatschen) zur solidarischen Praxis verklärt. Andererseits wäre der Begriff der Solidarität, müsste er tatsächlich notwendig die vier von mir genannten Kriterien – Freiwilligkeit, Gemeinsamkeit der Ziele, Gegenseitigkeit und Wirksamkeit der Wege – umfassen, zu eng. Eine bescheidenere Bilanz zieht Cornelia Springer: »Die deutlichen Zeichen gesellschaftlicher Solidarität unterstreichen die menschliche Neigung, in Krisenzeiten prosoziales und kooperatives Verhalten zu üben. Ebenso markant aber treten seit Beginn der Corona-Krise Egoismen und antisoziales Verhalten in Erscheinung« (2020, 170).

Mit Lessenich kann eine mittlere Positionierung unternommen werden, die verschiedene Solidaritäten unterscheidet: Auch wenn die Praxen, die Springer prosozial und kooperativ nennt, nicht der klassischen sozial(istisch)en Auffassung von Solidarität entsprechen - »Kampf der Lohnabhängigen gegen ihre ökonomische Ausbeutung und soziale Beherrschung« (2020, 181) – so gibt es Schnittmengen. Es gab während der Pandemie Initiativen gegenseitiger Hilfe in den Nachbarschaften und auch die Formulierung gemeinsamer Ziele, etwa nach Corona-Grundeinkommen, Mietenstopp und ähnliches. Vieles davon geschah, wie das Einhalten der Hygiene, freiwillig. Symbolische Praktiken haben durchaus auch affektive Wirksamkeit.

Insofern sind verschiedene Solidaritäten zu unterscheiden. Ethisch ist die soziale Solidarität, welche die genannten Kriterien erfüllt, normativ höher zu bewerten als die neoliberale Solidarität, die dies nur teilweise tut. Sozialphilosophisch ist zu berücksichtigen, dass Solidaritäten kontextbezogen sind. Marcuses Verweis auf die nationale Solidarität der Deutschen im Weltkrieg, als Ausdruck einer gelebten faschistischen Volksgemeinschaft, hat einen anderen Kontext als Lessenichs Hintergrund einer internationalen Solidarität der Arbeiterbewegung. Die neoliberale Solidarität der Eigenverantwortlichen, die sich verantwortungsgerecht benehmen, um die Krise zu durchzustehen und wieder zum neoliberalen Status quo zurückzukehren, lässt sich als die Solidarität bezeichnen, die von Vereinzelteten zu erwarten ist.

Dass sie eher ein Begleitphänomen als ein solidarischer Aufbruch war, lässt sich mit Fokus auf die zwischenstaatliche Solidarität aufzeigen. Gegenüber Solidaritätsforderungen von Bewegungen wie Staaten aus dem globalen Süden, nämlich die Impfstoffpatente der Pharmakon-



zerne aufzuheben, zeigten sich die Staaten des globalen Westens nicht solidarisch. Hier war der sogenannte Impfstoff-Nationalismus dominant, der auch daran erinnert, wie wichtig diese Politikebene des Nationalstaates nach wie vor ist, gerade in Krisen.

## ⇒ 2 Nationalstaatliche Solidarität im Ukraine-Krieg

Am 27.2.2022 erklärte Olaf Scholz in seiner Bundestagsrede zum russischen Angriff auf die Ukraine: »Angesichts der Zeitenwende, die Putins Aggression bedeutet, lautet unser Maßstab: Was für die Sicherung des Friedens in Europa gebraucht wird, das wird getan. Deutschland wird dazu seinen solidarischen Beitrag leisten. Das heute klar und unmissverständlich festzuhalten, reicht aber nicht aus; denn dafür braucht die Bundeswehr neue, starke Fähigkeiten«. Solidarische Praktiken im Verständnis des Bundeskanzlers wären also die Aufrüstung der Bundeswehr mithilfe eines Sondervermögens einerseits, Waffenlieferungen an die Ukraine andererseits.

Gegenüber dem neoliberal geprägten Solidaritätsverständnis während der Corona-Pandemie fallen zwei wesentliche Unterschiede auf. Zur Solidarität aufgerufen sind nicht Individuen, die fleißig arbeiten, Abstand halten und sinnvoll konsumieren sollen, sondern die nationalen Staaten Europas bzw. der westlichen Welt. Zu dieser höheren Skalierung bezüglich solidarischer Akteure kommt als Differenz hinzu, dass es sich nicht primär um Solidarität im Sinne der gegenseitigen Hilfe handelt. Während Corona konnte Merkel argumentieren, dass die Bürger\*innen sich gegenseitig helfen, indem durch Einhalten der Hygieneregeln die Pandemie eingedämmt wird. Beim Ukraine-Krieg handelt es sich hingegen um einseitige (Waffen-)Hilfe für ein überfallenes Land. Solidarisch getragen werden soll hier allerdings die Lastenaufteilung unter den Staaten.

Mehr noch als bei Corona sind die politischen Debatten kontrovers. Einwände gegen die Unterstützung der Ukraine mit Waffen als solidarische Praxis erheben Pazifist\*innen, Antimilitarist\*innen und Antiimperialist\*innen, wobei sich aus antiimperialistischen wie antifaschistischen Erwägungen heraus auch entgegengesetzte Statements ergeben können. Besonders bemerkenswert unterscheiden sich hier die Skalierungen von Ethik und Politik.

Wird Pazifismus als ethischer Wert hoch eingeschätzt, liegt das Augenmerk in der Regel beim Verhalten von Individuen. Diese sollten sich klassischerweise, z.B. als Deserteure, dem Krieg entziehen, was für russische wie ukrainische Soldat\*innen gleichermaßen gelten würde.

Aufgerufen wird daher zur Solidarität mit diesen (Friedrich 2022). Antimilitarismus nimmt eine mittlere Position ein, hier werden zwar militärische Konflikte abgelehnt, nicht aber Gewalt per se. So gab es in Deutschland etwa Aufrufe von Anarchist\*innen, die Geld zur Unterstützung ukrainischer Milizen gesammelt haben und dabei sowohl ethisch, gegen das Töten im Krieg als Soldat\*in, wie politisch, für das Selbstverteidigungsrecht einer angegriffenen Bevölkerung, argumentierten (Renkliöz 2023). Beide Positionen sind gesellschaftlich marginal, zeigen aber exemplarisch die Bedeutung der Adressierung von Solidarität auf (mit Deserteuren, mit Milizen).

Eine Betrachtung von einem kollektiven statt einem individuellen Standpunkt aus finden wir auch bei antiimperialistischen und antifaschistischen Erklärungen. Von Vertreter\*innen des Antiimperialismus wurden sowohl der Angriff Russlands auf die Ukraine als auch die Ost-Ausdehnung der NATO als imperialistische Politiken bezeichnet. So schreibt die Redaktion des online-Portals ›Sozialismus von unten‹ 2023: »Die Schuld für die Eskalation liegt bei den beiden imperialistischen Gegenspielern – einerseits den USA und ihren Verbündeten, die die Nato und die Europäische Union nach Osten bis an die Grenze Russlands ausdehnen und ihre Vorherrschaft im westlichen Eurasien ausweiten und festigen wollen, und andererseits Russland mit seinen Verbündeten, die versuchen, diesen Prozess durch Krieg, Eroberung und Besetzung aufzuhalten«.

Gefolgert wird aus dieser doppelten Schuldzuweisung die Notwendigkeit einer erfolgreichen »Antikriegsbewegung« (ebd.). »Dazu braucht es gewaltigen Druck aus den Zivilgesellschaften, der sich gegen Sanktionen, gegen Waffenlieferungen und für Abrüstung einsetzt« (ebd.). Das Wort Solidarität taucht in diesem Statement nicht auf, weder hinsichtlich der von Scholz ausgerufenen militärischen Solidarität mit der Ukraine noch mit Hinblick auf pazifistische Projekte der Solidarität mit allen Desertierenden. Es handelt sich philosophisch gesprochen um eine gesinnungsethische Äußerung, welche den Krieg verurteilt, aber als Akteur eben nur eine noch nicht existierende Bewegung im Blick hat.

Ebenfalls politisch antiimperialistisch, aber verantwortungsethisch, argumentiert der Wirtschaftsgeograph und Ökosozialist Christian Zeller gegen Vorschläge eines ›Einfrierens‹ des Krieges, also die Akzeptanz russischer Annexionen: »In dieser Situation vom angegriffenen Land zu verlangen, den Krieg einzufrieren, aber nicht zu überlegen, wie man den Druck auf das angreifende Land erhöhen kann, ist nicht nur weltfremd. Eine solche Position kommt den imperialistischen Interessen

des Angreifers entgegen« (2024, 365). Dieser Antiimperialismus ist weder pazifistisch noch antimilitaristisch, sondern für Waffenlieferungen. »Wir lehnen also die Aufrüstungsprogramme der NATO und Waffenexporte in Drittländer ab. Stattdessen müssen die Staaten Europas und Nordamerikas aus ihren bestehenden riesigen Arsenalen die Waffen bereitstellen, die der Ukraine helfen, sich wirksam zu verteidigen« (ebd.).

Zum selben Schluss kommen Autor\*innen, die einen Antifaschismus vertreten, der aufgrund faschistischer Tendenzen im autoritären Russland Waffenlieferungen an die Ukraine als antifaschistische Waffenhilfe versteht. So veröffentlichte die Antifa Frankfurt 2022 einen Beitrag der ukrainischen Wissenschaftlerin Daria Saburova, die am Pazifismus, Antimilitarismus und Antiimperialismus kritisiert, »dass die Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung [...] ein reines Lippenbekenntnis bleibt«.

Diese Vielstimmigkeit, die hier exemplarisch an Ausschnitten der Debatten von Pazifist\*innen, Antimilitarist\*innen, Antiimperialist\*innen und Antifaschist\*innen aufgezeigt wurde, lässt sich mit Hilfe der eingangs geleisteten Begriffsarbeit zu Solidarität einordnen.

Grundlegend ist dabei zunächst die Frage der solidarischen Akteure. Für Olaf Scholz und seine sozialdemokratisch-grün-liberale Koalition ist klar, dass solidarische Gegenseitigkeit in der Ukraine-Krise nur in einer fairen Lastenteilung zwischen den Staaten des Westens bestehen kann. Dem Kriterium der Wirksamkeit würden nur Waffenlieferungen an die Ukraine entsprechen, das Kriterium der Gemeinsamkeit in den Zielen soll die Verteidigung der Demokratie gegen den (russischen) Autoritarismus erfüllen. Inwiefern angesichts der Bedrohung von Freiwilligkeit in einem starken Sinne gesprochen werden kann, ist fraglich, zumindest aber zeigt jüngst der Ausstieg der USA aus eben dieser Solidarität, dass die Entscheidung dafür oder dagegen willentlich getroffen wird.

Den Kritiker\*innen der nationalstaatlichen Solidarität mit der Ukraine geht es auch in erster Linie um Adressat\*innen der Solidarität. Deren Bestimmung wird dabei auf spezifischere Gruppen begrenzt. Pazifistische Kampagnen wie die oben erwähnte fordern Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern aus der Ukraine wie aus Russland. Antimilitaristische Kampagnen sammeln Spenden für bewaffnete Milizen in der Ukraine, würden sich aber einer Solidarität mit dem ukrainischen Militär verweigern. Diese pazifistischen bzw. antimilitaristischen Solidaritäten sind praktisch, denn es geht u. a. um finanzielle und materielle

Spenden, auch wenn es zweifelhaft ist, ob Massendesertation auf russischer bzw. Massenmilitanz auf ukrainischer Seite den Krieg beenden kann.

Die antiimperialistischen Solidaritäten bleiben hingegen theoretisch. Die Vertreter\*innen des sogenannten ›Sozialismus von unten‹ adressieren eine möglicherweise kommende Bewegung. Zeller als Vertreter eines zeitgenössischen Ökosozialismus erklärt sich solidarisch, indem er eine theoretische Perspektive anbietet, die über den Krieg hinausgeht. Für ihn ist offensichtlich, »dass eine derartige ökosozialistische und antiimperialistische Orientierung mit den Fundamenten der EU brechen muss. [...] Der Unabhängigkeitskampf der Ukrainer:innen und unser Einsatz für einen selbstbestimmten, demokratischen sozialökologischen Wiederaufbau des Landes sind ein wesentlicher Bestandteil dieser kontinentalen und global solidarischen Perspektive« (Zeller 2024). Und weil er gerade dabei ist, erklärt er sich »auch solidarisch mit der palästinensischen Bevölkerung, die seit Jahrzehnten für ihre Selbstbestimmung kämpft. Ebenso unterstützen wir die kurdischen und armenischen Bevölkerungen und alle anderen Bevölkerungen, die von Besatzung, nationaler und kultureller Unterdrückung bedroht sind« (ebd.).

Hier haben wir es mit einer fragwürdigen, fiktiven Solidarität zu tun. Viele Ukrainer\*innen wollen vermutlich momentan eher in die EU als in einen noch nicht existierenden Ökosozialismus eintreten. Inwiefern Fatah oder Hamas für Selbstbestimmung oder vielmehr für die Vernichtung Israels kämpfen, wird ebenso ausgeblendet wie die Komplexität internationaler Solidarität. Schließlich kämpfen z.B. die kurdischen wie armenischen Bevölkerungen gerade gegen Islamist\*innen, die mit der antisemitischen Hamas und/oder dem türkischen Staat verbündet sind. So bleibt Solidarität abstrakt.

Der Anspruch, konkrete und wirksame Solidarität im Fall des Ukraine-Krieges zu leisten, liegt also eher bei der nationalstaatlichen Solidarität westlicher Staaten mit dem Staat Ukraine, weniger bei pazifistischen, antimilitaristischen und antiimperialistischen Akteuren, die sich meist theoretisch und wirkungsärmer positionieren. Zum Teil wird die nationalstaatliche Solidarität auch als antifaschistische Solidarität bzw. als Solidarität gegen den russischen Imperialismus verstanden.

Wie bei der neoliberalen Solidarität in der Corona-Pandemie stellt sich auch hier allerdings die Frage, was als Solidarität zu fassen ist. Ukrainische Soldat\*innen als Individuen kämpfen schließlich, anders als Milizen, nicht freiwillig, sondern unter gesetzlichem Zwang. So wie das verordnete Zuhausebleiben im Lockdown kaum als Solidaritäts-

äußerung gewertet werden kann, weil Freiwilligkeit fehlt, so ist es auch nicht die deutsche Bevölkerung als Ganzes, die (militärische) Ukraine-Hilfen organisiert, sondern die Regierung, auch wenn es zivilgesellschaftliche Hilfskonvois und solidarische Initiativen für die Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten gibt. In ähnlicher Weise entspricht die symbolische Solidarität im Ukraine-Krieg, die etwa im Zeigen der ukrainischen Flagge an öffentlichen und privaten Gebäuden besteht, den Gesten solidarischer Symbolik während der Corona-Pandemie, etwa dem Klatschen für Pflegekräfte, was von den Adressat\*innen der Solidarität auch als Pseudo-Solidarität ohne Wirksamkeit wahrgenommen werden kann. Was die Gegenseitigkeit angeht, so empfängt die Ukraine zwar Hilfe, es handelt sich aber nicht, wie bei der NATO, um Beistandspflicht.

Der neoliberalen Solidarität in der Corona-Pandemie fehlte es sowohl an Freiwilligkeit und zum Teil auch an Gemeinsamkeit bezüglich der Ziele und ihrer Umsetzung. Der nationalstaatlichen Solidarität im Ukrainekrieg fehlt es zwischenstaatlich an Gegenseitigkeit, im Hinblick auf die Bevölkerungen auch an Freiwilligkeit. Hinsichtlich der Positionen, die sich gegen militärische Hilfe und für eine friedliche Welt einsetzen, kann wiederum gefragt werden, ob hier Gemeinsamkeit in den Zielen nur unterstellt wird und Wirksamkeit fehlt. Solidarität nur mit Individuen (Deserteuren) oder nur auf der Ebene von Staaten (Militär) ist hinsichtlich der Adressat\*innen bzw. Mittel relativ eingeschränkt, zugleich sind beide Ebenen aber auch nicht zu vernachlässigen, wie im nächsten Schritt der Blick auf umfassende globale Solidaritäten in der Klima-Krise zeigen wird.

### ⇒ 3 Globale Solidarität in der Klima-Krise

Zwischen Ethiken der Solidarität und Politiken der Solidarität bestehen, wie in den Abschnitten zu Pandemie und Krieg gezeigt, Spannungen. Werden Menschen im Sinne der neoliberalen Solidarität während der Corona-Pandemie bloß zu persönlicher moralischer Verantwortung aufgerufen, fehlt die politische Bestimmung der Gruppenziele auf Basis von Gemeinsamkeit. Werden Menschen politisch, also qua Gesetz, gezwungen sich verantwortlich zu verhalten, fehlt die Freiwilligkeit, die bei solidarischen Praxen eigentlich impliziert ist. Steht bei der nationalstaatlichen Solidarität in Kriegszeiten die Freiwilligkeit der Betroffenen ebenso in Frage, so auch die Gegenseitigkeit, schließlich sind nur stärkere Staaten in der Lage schwächeren Staaten zu helfen.

Bei den Positionen, die in der Kriegsfrage eine Solidarität gegen den Krieg betonen, kann wiederum gefragt werden, ob eine tatsächliche Gemeinsamkeit mit den Adressat\*innen der Solidarität, z.B. der ukrainischen Bevölkerung, besteht. Aber auch die Forderung nach Solidarität mit allen, die sich dem Krieg entziehen, wirft die Frage auf, ob es nur um Sympathien oder um solidarische Wirksamkeit geht. Solidarität stellt also einen ethisch-politischen Grenzbegriff dar: Einerseits lässt sich ohne die Freiwilligkeit des Handelns aus ethischer Perspektive schwer von Solidarität sprechen, andererseits entspricht bloße Symbolik ohne reale Wirksamkeit nicht einem politischen Anspruch an Solidarität.

In der Erklärung der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 2022 in Karlsruhe ist diese Spannung enthalten. »Als Antwort auf wachsende Militarisierung, Konfrontation und Proliferation von Waffen rufen wir die Regierungen Europas und der gesamten internationalen Gemeinschaft zu viel größeren Investitionen in die Suche nach und Förderung von Frieden sowie zur Stärkung von Maßnahmen zur friedlichen Konfliktbewältigung, zivilen Konflikttransformation und Versöhnungsprozessen, anstatt in die Ausweitung von Konfrontation und Teilung, auf«.

Angesichts eines stattfindenden Krieges kann die hier zugrundeliegende Friedensethik nur eine zukünftige Friedenspolitik adressieren, nicht die Gegenwart. So argumentiert auch der ehemalige Militärbischof der Bundeswehr Harmut Löwe: »Die Formel ›gerechter Friede‹ klingt verlockend, aber sie ist wenig klar, vieldeutig, ein utopisches Leitbild. Wird sie zum alleinigen Imperativ, fehlt ein Begriff, um Angriffskriege von Verteidigungskriegen zu unterscheiden«. Übersetzungsschwierigkeiten zwischen Ethik und Politik kennen wir auch aus der Umweltethik bzw. Klimapolitik. Ethik bezeichnet normativ ein Sollen (Gesundheit, Frieden, Nachhaltigkeit), Politik ein Können bezüglich der Umsetzung. Die Spannung zwischen beiden Polen drückt sich u.a. in Utopien aus.

Sofern wir Utopie mit Ernst Bloch nicht als Nie-und-Nirgendwo, sondern als Noch-Nicht-Sein begreifen - und neben die Konkretion des Möglichen auch die Negation des Falschen, die Artikulation von Bedürfnissen, die Intention auf Besseres und die Motivation zum Handeln als ihre Funktionen anerkennen (Vgl. Neupert-Doppler 2015) – ist Solidarität auch ethische Grundlage zukünftiger Politik. Bezüglich der Klimagerechtigkeitsbewegung wird dies in allen Namensbestandteilen deutlich: Es geht um eine Bewegung, was Forderungen an die Politik impliziert. Es geht um Gerechtigkeit, also einen Wert aus dem Bereich der

Ethik, der Orientierung gibt. Und es geht um eine zukünftige Klimagerechtigkeit, die noch Utopie ist.

Wie wir anhand der Abschnitte zur Corona-Krise und zur Ukraine-Krise gesehen haben, wobei sich noch zu erweisen hat, ob dies echte Krisen gewesen sein werden, die echte Veränderungen zeitigen, gibt es mehrere Faktoren, die entscheiden, welche Solidaritäten in welcher Krise aufgerufen wird. Erstens als objektiver Faktor die Natur der Krise mitsamt ihren Lösungsbedingungen. Zweitens die subjektive Konstellation der Akteure und die Situation der Gesellschaft, die in eine Krise gerät. Drittens die Frage nach einer Lösung der Krise, die nicht in der Wiederherstellung des Status quo bestehen kann, sonst wäre es eben keine Krise im empathischen Sinn, sondern in der Konstitution von etwas Neuem.

Es ist verständlich, dass eine Pandemie in stark individualisierten Gesellschaften vor allem eine Anrufung der neoliberalen Solidarität als Eigenverantwortung gebracht hat. Es ist ebenso verständlich, dass ein Krieg in Zeiten geopolitischer Instabilität vor allem nationalstaatliche Solidarität hervorruft – bei allen Differenzen zwischen diesen Solidaritäten und der hier skizzierten umfassenden. Inwiefern aber kann die Klimagerechtigkeitsbewegung, um ein drittes Beispiel zu geben, genau an dieser anknüpfen?

Interessant an der Klimagerechtigkeitsbewegung ist die Multidimensionalität ihrer Bezugnahmen auf Solidarität. Aus der Kritik an der imperialen Konsum- und Lebensweise im globalen Norden (Brand/Wissen 2017) ergibt sich auch der Appell an verantwortungsethisch vertretbare, also nachhaltige Konsummuster der Einzelnen, was andere Infrastrukturen voraussetzt, denn wo politisch nicht für ÖPNV gesorgt wird, kann sich niemand ethisch gegen das Auto entscheiden. Daher gibt es in der Klimagerechtigkeitsbewegung Stimmen, die vor einer Verkürzung im Sinne neoliberaler Solidarität warnen. Die Journalistin und Klimaaktivistin Laura Meschede begründet dies folgendermaßen: »Weil die individuelle Konsumkritik ein Ansatz ist, über den sich erstens die Klimakrise nicht lösen lässt und der sich zweitens sogar gegen die eigentlichen Bündnispartnerinnen richtet, nämlich dann, wenn sie sich so einen ›klimafreundlichen‹ Konsum gar nicht leisten können« (2021).

Weil 57 Konzerne, der Produktionsweise des fossilen Kapitalismus gemäß, 80% des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu verantworten haben, entdecken auch hier Appelle an das Konsumverhalten von Einzelnen die strukturelle Problematik. Neoliberale Solidarität, die etwa auch Armen die Norm vorgibt, nachhaltige und damit heute leider teurere Produkte



zu kaufen, greift in der Klimakrise zu kurz. Das ändert nichts daran, dass die Perspektive der Umweltethik sich auch an Einzelne richtet, die aber eben nicht vereinzelt bleiben müssen, sondern sich für einen sozialökologischen Umbau politisch engagieren können. Für solche Solidaritäten sind Freiwilligkeit und eine herzustellende Gemeinsamkeit hinsichtlich der Ziele nötig.

Zugleich kann die Klimagerechtigkeitsbewegung den Aspekt der Wirksamkeit nicht ausklammern. Bei Fridays for Future als Jugendbewegung war dies bereits in der Adressierung der Politik klar: »Wir streiken, bis Ihr handelt«. Auch Akteure zivilen Ungehorsams wie »Ende Gelände« können mit Kohlebaggerblockaden Widerstand leisten und Aufmerksamkeit schaffen, aber die Krise nicht nachhaltig lösen. Dafür braucht es die institutionalisierte Politik. In dieser Hinsicht appelliert die Klimagerechtigkeitsbewegung auch an eine nationalstaatliche bzw. zwischenstaatliche Solidarität.

In diesem Bereich wäre sogar eine Solidarität der Gegenseitigkeit denkbar. So wie die alten Industrieländer ihren fossilen Entwicklungspfad verlassen müssten, so hätten die nachholenden Staaten auf diesen Weg zu verzichten. Der Ökosozialist Klaus Engert bemerkt 2010: »Dass ein Teil der ärmeren Staaten der Erde wenig Bereitschaft zeigt, sich auf internationale Abkommen einzulassen, hat natürlich auch etwas mit der empörend ungerechten internationalen Macht- und Reichumsverteilung zu tun« (ebd.: 30). Eine Solidarität der Menschheit mit sich selbst ist schwierig, sofern diese in Nationalstaaten und Nationalökonomien gespalten ist.

Was der ökosozialen Bewegung in der Klimakrise bleibt, ist eine Verbindung verschiedener Muster von Solidaritäten. Aus der Corona- wie aus der Ukraine-Krise ließe sich, wenn es denn Krisen waren, lernen, nämlich dass staatliche Politik durchaus handeln kann, denn in beiden mangelte es nicht an Gestaltung und Geldmitteln. Insofern muss auch auf die mögliche Wirksamkeit international solidarischer Abkommen gesetzt werden, also auf ernsthafte nationalstaatliche Solidarität, die nicht nur einen Staatenblock gegen den anderen positioniert, sondern auf Gegenseitigkeit setzt.

Weiterhin haben die Corona- wie die Ukraine-Krise gezeigt, wie wichtig solidarisches Engagement auf der Basis von Freiwilligkeit ist. Zwar konnten sich solidarische Initiativen in der Corona-Krise nicht zu Gegen-Institutionen konstituieren und auch die zivile Solidarität mit der Ukraine war eher karitativ als solidarisch, aber es zeigt sich, dass

Menschen sich aus ethischen Erwägungen heraus für eine solidarische Politik einsetzen können. Wie aber orientieren?

Auch wenn es während der Coronakrise eine Hochzeit für Utopiedebatten gab, beruhigten sich viele mit der Rückkehr zum Status quo, statt Naturverhältnis und Gesundheitssystem auf die Vermeidung oder wenigstens zur Vorbereitung der nächsten Pandemie umzustellen. Ebenso führt der Ukrainekrieg bisher, von der christlichen Friedensethik abgesehen, noch kaum zur Orientierung an einer neuen Weltsicherheitsordnung. Die Klimakrise und die in ihr entstehenden Solidaritäten unterscheiden sich hier deutlich. Ein zurück in eine Zeit vor der Klimakrise kann es nicht geben, denn diese Vergangenheit ist ja der Grund, warum die Zukunft heute als besonders umkämpft gelten muss. Eine Solidarität, die zur Bearbeitung dieser Krise beitragen soll, kann nur transformativ sein, d.h. sie findet ihre Gemeinsamkeit, wie schon die klassische Arbeiter\*innenbewegung, in der Zukunft.

Da es sich um die Zukunft der Menschheit handelt, also auch um die Solidarität der Menschheit mit sich selbst, bedeutet Klimasolidarität zweierlei: Zum einen hebt sie aktuelle Krisensolidaritäten in sich auf. Es wird ethisch an Einzelne appelliert, ohne die Probleme im Sinne der neoliberalen Solidarität ihrer Eigenverantwortung zuzuschreiben, und es wird politisch an Staaten appelliert, ohne Probleme im Sinne nationalstaatlicher Solidarität allein an Regierungen zu verweisen. Vielmehr geht es um eine aktivierende Ethik, die Menschen zum Engagement auffordert, und eine solidarische Politik, die im, mit und gegen den nationalstaatlichen Rahmen entstehen soll. Zum anderen geht es um eine transformative Solidarität: Die Gemeinsamkeit in den Zielen kann, weil z.B. verschiedene Regionen der Erde sehr unterschiedlich von der Erderhitzung betroffen sind, nur in der Orientierung an globaler Transformation bestehen.

Problematisch ist weniger der Aspekt der Freiwilligkeit, wie die großen Mobilisierungen der Klimagerechtigkeitsbewegung zeigen. Auch Wirksamkeit könnte über Abkommen im Geiste zwischenstaatlicher Solidarität hergestellt werden. Wie aber steht es mit der Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit? Zählt etwa der Autobau im globalen Norden zu den verursachenden Faktoren der Erderhitzung, so leidet der Landbau vor allem im globalen Süden an den verursachten Dürren. Auf Gegenseitigkeit kann globale Solidarität in der Klimakrise nur basieren, wenn sowohl Individuen als auch Bewegungen und Staaten jeweils gerechte Beiträge leisten, also ethisch-politische Verantwortung für Zukunft wie auch Vergangenheit übernehmen (Becka 2020). Globale Gemeinsamkeit ergibt sich nicht aus Tagesinteressen, wie individuelles Überleben

während Corona oder die nationalstaatliche Selbstbestimmung der Ukraine, sondern aus Zukunftsinteressen an Gütern wie Gesundheit und Frieden, die in der Klimakrise ebenso bedroht sein werden. Ohne nachhaltige Produktions-/Konsumformen bleibt Klimagerechtigkeit eine Utopie. Inwiefern gilt dies auch für die globale Solidarität selbst?

#### ⇒ 4 Solidarität – eine reale Utopie?

Wie jede Utopie beginnt die der Solidarität als kritische Negation. Mia Neuhaus, Lucas Mielke und Massimo Perinelli schreiben daher in dem Sammelband ‚Solidarität – eine reale Utopie‘: »Inhaltsleer erscheint der Ruf nach Solidarität, wo er sich in Aufforderungen erschöpft, sich aus den sozialen Begegnungen zurückzuziehen, wo er seines Bezugs auf die Praxis entzogen ist. In ihr Gegenteil verkehrt erscheint die Idee [...] wenn etwa die europäischen Staaten einander zur ›Solidarität‹ an den europäischen Außengrenzen aufrufen, um mit militärischen Mitteln Geflüchtete zu verfolgen und ihre Netzwerke zu kriminalisieren – oder dort, wo in starren Identitätskategorien zur Solidarität mit den vermeintlich Gleichen und zur Affirmation der herrschenden Verhältnisse gerufen wird« (2025).

Diese Kritik mit einer differenzierten Unterscheidung von Solidaritäten zu unterfüttern, ist das Anliegen dieses Beitrages. Was die Autor\*innen als inhaltsleere Solidarität ohne Praxisbezug nennen, ist mit Lessenich als neoliberale Solidarität während Corona bestimmt und erklärt. Ihre zweite Kritik an der Solidarität der europäischen Staaten gegen Migration erinnert an Marcuse und eine zweifache Befragung. Wer ist mit wem und für welchen Zweck solidarisch? Nationalstaatliche Solidarität bleibt immer gebunden an die Bestimmungen der politischen Form Staat, an die Verteidigung von Souveränität (wie in der Ukraine), Gewaltmonopol und Grenzen (wie bei der international unsolidarischen Abschottung Europas).

Die Besonderheit des Gedankens an eine Utopie der Solidarität, wie sie u.a. in der Klimagerechtigkeitsbewegung aufscheint, liegt darin, dass Solidarität nicht nur als Mittel, sondern auch als Zweck gilt, auf den sich die utopische Intention richtet. Es geht nicht nur darum, gegen objektive Herausforderungen und subjektive Gegner solidarisch, also freiwillig und wirksam, zusammenstehen, sondern auch die Transformation in eine Gesellschaft anzustreben, die nicht auf Konkurrenz und Herrschaft, sondern auf solidarischen Beziehungen, also auf Gegenseitigkeit und Gemeinsamkeit beruht. Eine solche utopische Gesellschaft, die angesichts der Vielfachkrisen unserer Zeit sowohl politisch

notwendig als auch ethisch geboten erscheint, ist nur zu erreichen, wenn umfassende Solidarität sowohl den Weg als auch das Ziel bestimmt.

Die Konkretion dessen, was als solidarische Gesellschaft vorgestellt werden kann, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen; wichtig ist aber festzuhalten, dass Solidaritäten potentiell stets den normativen Überschuss mit sich bringen, eine Transformation von Verhaltensweisen hervorzubringen, die, wenn eine Krise zum Kairós würde, zur Konstitution einer solidarischen Gesellschaft beitragen. Dieser Überschuss speist auch die Motivation zur Solidarität selbst.

Eine konkrete oder reale Utopie bestimmt sich allerdings nicht nur durch die prinzipielle Erreichbarkeit des Neuen, sondern auch durch Tendenzen und Vorgriffe, die bereits heute unternommen werden können. Auch in beschränkten, nicht: begrenzten, Solidaritäten kommen Bedürfnisse zur Artikulation, die Teil von Lernprozessen sein können, wie Hauke Brunkhorst betont. »So können wir die in Familien und Nachbarschaften, Völkern und Nationen eingeübte Solidarität über alle Grenzen hinaus erweitern und im Lichte umfassender Solidarität diejenige des engeren Nahbereichs auf ihre Verallgemeinerbarkeit testen. Darin besteht die kontrafaktische, über das bestehende Universum unseres Lebenszusammenhangs hinausweisende Kraft des Normativen« (Brunkhorst 1997, 40).

Die Unterstellung, Familien, Nachbarschaften und Nationen wären durch ein Prinzip Solidarität geprägt, ist zu hinterfragen. Zum einen werden diese sozialen Formen eher mit Liebe, Freundschaft und Patriotismus verbunden als mit Solidarität. Die Mitgliedschaft in Familien ist eher unfreiwillig, von Nachbarschaften wird sich heute weniger wirksame Hilfe versprochen als vom Sozialstaat, Nationen haben keine gemeinsamen Ziele, sondern umfassen diverse Interessensgruppen. Kontrafaktisch könnte aber auch hier Solidarität als reale Utopie wirken, nämlich im Leitbild der Wahlverwandtschaft für Familien, dem der gegenseitigen Hilfe für Communities und dem des Gemeinwohls in der Politik. Ob dabei im Großen scheitern muss, was im Kleinen schwierig ist, ist nicht ausgemacht: Auch wenn es in WGs schwer fällt, den Putzplan einzuhalten, funktionieren institutionalisierte Müllabführen meistens.

Wichtig bleibt an Brunkhorsts Argument, dass Solidaritäten gelernt werden. Dies gilt, bei allen Misserfolgen und teilweise beschränkten oder verkehrten Solidaritäten, auch für solidarische Praxen während der Pandemie innerhalb einer Gesellschaft (leider nicht auf Weltniveau)

oder die interstaatliche Solidarität für vom Krieg bedrohte Bevölkerungen (über deren Formen zu streiten ist).

Die angesichts der Klimakrise notwendige transformative Solidarität müsste so weitreichend sein wie die sie erfordernde Krise. Corona, Kriege und Klimaerhitzung sind lebensgefährlich. Den universalen Anspruch solidarischer Krisenbearbeitung unterstreicht Yassin al-Haj Saleh 2025 mit seinem Aufsatztitel ›Solidarität in der Krise – Für die Gleichwertigkeit der Leben‹. Ähnlich hat Albert Camus die ›Solidarität gegen den Tod‹ als jene bezeichnet, die uns zu Menschen, zur (Welt-)Gesellschaft macht. Ob und inwiefern der Tod zu besiegen ist bleibt eine andere Frage, aber angesichts der Endlichkeit des irdischen Lebens ist Solidarität der Lebenden, womöglich mit allem Lebendigen (was Probleme der Gegenseitigkeit und Gemeinsamkeit aufwerfen würde) die ethische Grundlage aller Solidarität. In der globalen Solidarität, mehr als in der neoliberal-individuellen und der national-staatlichen, findet diese heute ihren klarsten Ausdruck.

## ⇒ Literaturverzeichnis

al-Haj Saleh, Yassin (2025): Solidarität in der Krise – Für die Gleichwertigkeit der Leben, in: Mia Neuhaus, Lucas Mielke, Massimo Perinelli (Hg.): Solidariät – eine reale Utopie, Bielefeld: Transcript, 339–358.

Alternative für Deutschland (2025): Zeit für Deutschland – Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag, download unter: [https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD\\_Bundestagswahlprogramm2025\\_web.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf) (06.03.25).

Alternative für Deutschland (2021): Wahlplakat, download unter: [https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/Gro%C3%9Fplakat\\_Motiv\\_21.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/Gro%C3%9Fplakat_Motiv_21.pdf) (06.03.25).

Antifa Frankfurt/Daria Saburova (2022): Krieg und Widerstand in der Ukraine – Linke Perspektiven und Fragen der Solidarität, download: <https://www.antifa-frankfurt.org/2022/07/24/krieg-und-widerstand-in-der-ukraine-linke-perspektiven-und-fragen-der-solidaritaet/>

Becka, Michelle (2020): Welcher (V)Erkenntnisgewinn? Postkolonialismus und Christliche Sozialethik, in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften Nr. 61, Münster: Aschendorff.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise - Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München: oekom-Verlag.

Brunkhorst, Hauke (1997): Solidarität unter Fremden, Frankfurt a.M.: Fischer.

Camus, Albert (1960): Betrachtungen zur Todesstrafe, in: Fragen der Zeit, Hamburg: Rowohlt.

Dörre, Klaus et. al. (2019): Neosozialismus - Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus, München: oekom-Verlag.

Engert, Klaus (2010): Ökosozialismus – das geht!, Köln: Papyrossa.

Fratzscher, Marcel (2022): Ode an die Solidarität, download unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-12/solidaritaet-krisenzeiten-einkommen-inflation-tafel> (06.03.25).

Freie Demokratische Partei (2025): Alles lässt sich ändern - Das Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2025, download unter: [https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm\\_2025.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf) (06.03.25).

Friedrich, Rudi (2022): Desertion und Verweigerung im Krieg - Ein deutliches Zeichen, Nein zu sagen, download: <https://www.graswurzel.net/gwr/2022/03/desertion-und-verweigerung-im-krieg/> (10.3.25).

Kaphegyi, Tobias et. al. (2022): Einleitung, in ders. (Hg.): Exkludierende Solidarität der Rechten, Wiesbaden: Springer VS, 1–20.

Kämper, Heidrun (2012): Krise und Sprache – Theoretische Anmerkungen, in: Mergel, Thomas (Hg.): Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen. Frankfurt a. M.: Campusverlag, 241–255.

Lessenich, Stephan (2020): Allein solidarisch? Über das Neosoziale an der Pandemie, in: Michael Volkmer, Karin Werner (Hg.) Die Corona-Gesellschaft Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft, Bielefeld: transcript-Verlag, 177–184.

Löwe, Hartmut (2022): Mit Gewalt für Recht und Frieden sorgen, download: <https://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/kirche-und-krieg-mit-gewalt-fuer-recht-und-frieden-sorgen-18234908.html> (10.3.25).

Manemann, Jürgen (2020): Endzeit! Für eine ›aufgeklärte Apokalyptik‹, download unter: [https://weiter-denken-journal.de/herbst\\_2020\\_endzeit/Endzeit\\_Aufgeklaerte\\_Apokalyptik.php](https://weiter-denken-journal.de/herbst_2020_endzeit/Endzeit_Aufgeklaerte_Apokalyptik.php) (06.03.25).

Marcuse, Herbert (1981): Theorie und Politik – Gespräch mit Jürgen Habermas/Heinz Lubasz und Tilman Spengler, in: Jürgen Habermas/Silvia Bovenschen (Hg.): Gespräche mit Herbert Marcuse, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 9–64.

Marx, Karl (1872): Rede über den Haager Kongress, in: MEW 18, Berlin: Dietzverlag, 159–161.

Merkel, Angela (2020): Fernsehansprache, download unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/fernsehansprache-von-bundestkanzlerin-angela-merkel-1732134> (06.03.25).

Meschede, Laura (2021): Produktion in den Mittelpunkt, nicht Konsum, download: <https://www.akweb.de/bewegung/bosch-muenchen-warum-sich-klimabewegung-und-belegschaft-verbunden-haben/> (10.3.25).

Mullis, Daniel (2021): Gesellschaftliche Transformation in Zeiten von Corona, in: Redaktion Corona-Monitor (Hg.) Corona und Gesellschaft - Soziale Kämpfe in der Pandemie, Wien: Mandelbaum, 30–53.



Neuhaus, Mia et. al. (2025): Solidarität – Eine reale Utopie, in: Mia Neuhaus/Lucas Mielke/Massimo Perinelli (Hg.): Solidariät – eine reale Utopie, Bielefeld: Transcript, 9–28.

Neupert-Doppler, Alexander (2019): Die Gelegenheit ergreifen – Eine politische Philosophie des Kairos, Wien: Mandelbaum.

Neupert-Doppler, Alexander (2015): Utopie – Vom Roman zur Denkfikur, Stuttgart: Schmetterling.

Ökumenischer Rat der Kirchen (2022): Krieg in der Ukraine, Frieden und Gerechtigkeit in der Region Europa, download: <https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/war-in-ukraine-peace-and-justice-in-the-european-region> (10.3.25).

Partei Die Linke (2025): Alle wollen regieren. Wir wollen verändern – Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander. Wahlprogramm. Download unter: [https://www.die-linke.de/fileadmin/user\\_upload/Wahlprogramm\\_Langfassung\\_Linke-BTW25\\_01.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01.pdf) (06.03.25).

Redaktion Sozialismus von unten (2023): Krieg in der Ukraine: Weder Putin noch Nato, download: <https://www.sozialismus-von-unten.org/krieg-in-der-ukraine-weder-putin-noch-nato-eskalation-stoppen/> (10.3.23).

Renkliöz, Alieren (2023): Ukraine: Anarchisten für Staat und Nation - Die ukrainischen Solidarity Collectives beteiligen sich am Widerstand gegen Russlands Invasion, download: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1175665.ukraine-krieg-ukraine-anarchisten-fuer-staat-und-nation.html> (10.3.25).

Scholz, Olaf (2022): Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022, download unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356n> (10.3.25).

Springer, Cornelia (2020): Zivilgesellschaft in der Verantwortung - Drei Spannungsfelder von Solidarität in der Krise, in: Michael Volkmer/Karin Werner (Hg.) Die Corona-Gesellschaft Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft, Bielefeld: transcript-Verlag, S. 167–176.

Volk, Siegfried (2020): Corona und die Apokalyptischen Reiter: Krieg, Hunger und Seuche, download unter: <https://www.suedkurier.de/region/linzgau/kreis-sigmaringen/corona-und-die-apokalyptischen-reiter-krieg-hunger-und-seuche;art372548,10694565> (06.03.25).

Zeller, Christian (2024): Frieden in der Ukraine und ökosozialistische Perspektiven in Europa, download: <https://emanzipation.org/2024/07/frieden-in-der-ukraine-und-oekosozialistische-perspektiven-in-europa/> (10.3.25).

---

**Zitationsvorschlag:**

Neupert-Doppler, Alexander (2025): Solidaritäten in der Vielfachkrise – Corona, Ukrainekrieg und Klima (Ethik und Gesellschaft 1/2025: Praktiken und Institutionen der Solidarität – sozioethische und politisch-theologische Perspektiven). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2025-art-3> (Zugriff am [Datum]).

---



**ethikundgesellschaft**

**ökumenische zeitschrift für sozioethik**

**1/2025: Praktiken und Institutionen der Solidarität – sozioethische und politisch-theologische Perspektiven**

Ansgar Kreutzer

Altruistisch – universal – emotional. Solidarität in politisch-theologischer Sicht

Jonas Hagedorn

Moderne Gesellschaft und Solidarität

Alexander Neupert-Doppler

Solidaritäten in der Vielfachkrise – Corona, Ukrainekrieg und Klima

Philipp Ackermann

Solidarität im Kollaps. Theologische Überlegungen zur Klimabewegung

Josef M. Könning

Europa in der Krise. Anmerkungen zum Zusammenhang von Solidarität und Flucht aus Perspektive politisch-theologischer Ethik

Jakob Langen, Clemens Wustmans

Mitgeschöpflichkeit. *Solidaritätskonzepte in Tierethik, Anthropologie und Politik*

Katharina Wörn

Verzicht als Praxis der Solidarität? Zur Schärfung eines Verhältnisses und seiner ethischen Implikationen im Angesicht der Klimakrise

Anne Konsek

Solidarität mit Prostituierten? Sozioethische Gedanken zu einer emotionalen Debatte